



Bundesministerium der Verteidigung
Presse- und Informationsstab
Arbeitsbereich 2
Öffentlichkeitsarbeit

Berlin, 30. Mai 2002
Telefon: 01888-24-8310/8508
Telefax: 01888-24-8520
E-Mail: BMVgPrInfoAB2@BMVg.Bund400.de

JAHRESBERICHT

DER JUGENDOFFIZIERE DER BUNDESWEHR

2001

Jugendoffiziere sind wichtige Träger der Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr, vor allem im schulischen Bereich. Im Einvernehmen mit den Kultusministerien der Länder leisten sie einen wesentlichen Beitrag zur politischen Bildung.

Ihre Beobachtungen und Eindrücke sind in diesem Jahresbericht zusammengefasst und ausgewertet. Der Bericht enthält wichtige Erkenntnisse zu Einstellungen von Jugendlichen und gibt Impulse für die sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr. Er enthält Aussagen zur Zusammenarbeit mit Schulen, Organisationen und Institutionen sowie zur Einstellung Jugendlicher zur Sicherheitspolitik und Bundeswehr. Demoskopische Erhebungen zur Meinungs- und Haltungslage der Jugend ergänzen und bestätigen die Erkenntnisse der Jugendoffiziere.

Grundlagen und Aufgaben der Jugendoffiziere sind dargestellt (Anlage 1), gesondert ebenso die Angaben zur Jahresstatistik (Anlagen 2a/b) und zur Entwicklung von 1991 bis 2001 (Anlagen 3a/b).

Der Bericht gibt die Auffassungen der Jugendoffiziere wieder und wird vom Bundesministerium der Verteidigung - Presse- und Informationsstab - herausgegeben.

Im Auftrag

Nemeyer

INHALT

Seite

I. Lageentwicklung

1.	Vorbemerkung /Allgemeines	2
2.	Jugendoffiziereinsätze	3
3.	Meinungen, Interessen und Kenntnisse der Jugendlichen	3

II. Zusammenarbeit mit und Meinungslage der Behörden, Schulen, Hochschulen und anderen Institutionen

1.	Kultusministerien, Schulbehörden und Landeszentralen für politische Bildung	5
2.	Schulen/Pädagogen	5
3.	Hochschulen	6
4.	Arbeitgeber- / Arbeitnehmerorganisationen	7
5.	Jugendorganisationen der Parteien	7
6.	Besondere / Weitere Kontakte	7

III. Einstellung der Jugendlichen zu bestimmten politischen Themenfeldern

1.	Politik, Parteien, Staat und Gesellschaft	8
2.	Bundeswehr – Auftrag, Legitimation und Einsätze	9
3.	Wehrpflicht und Wehrdienst	10
4.	Sicherheitsbündnisse (UNO, OSZE, NATO, WEU / EU)	10
5.	Transatlantische Beziehungen	11
6.	Europäische Nicht-NATO-Staaten (MOE-, SOE-Staaten, Russland)	11
7.	Sonstige	11

IV.	Zusammenfassung und Ausblick	12
------------	-------------------------------------	-----------

Anlagen

Anlage 1:	Kurzbeschreibung der Tätigkeit der Jugendoffiziere und –unteroffiziere	
Anlagen 2a/b:	Einsatzstatistik 2001	
Anlagen 3a/b:	Vergleich der Einsatzzahlen 1991 bis 2001	

Vorbemerkung

Selten waren die Jugendoffiziere von Strukturänderungen innerhalb der Streitkräfte so unmittelbar betroffen wie im Rahmen der Reform der Bundeswehr von Grund auf, deren Einnahme im Jahr 2001 begann.

Alle hauptamtlichen Jugendoffiziere (haJgdOffz) wurden organisatorisch dem neugeschaffenen militärischen Organisationsbereich Streitkräftebasis (OrgBer SKB) zugeordnet. Gemeinsam mit ihren fachlich zuständigen Vorgesetzten, den „Stabsoffizieren für Öffentlichkeitsarbeit“, finden damit alle 94 haJgdOffz in dem OrgBer ihre Heimat, der für die territorialen Angelegenheiten der Streitkräfte verantwortlich ist.

Verteidigungsminister Rudolf Scharping hat zum Jahresende die Dotierung aller Dienstposten für hauptamtliche Jugendoffiziere einheitlich mindestens nach A 11 angeordnet. Damit wird nunmehr auch nach außen sichtbar, dass alle hauptamtlichen Jugendoffiziere die gleichen Aufgaben in ihrem jeweiligen Betreuungsbereich erfüllen und somit den gleichen Dienstgrad Hauptmann / Kapitänleutnant tragen.

Insgesamt ist auch hierdurch eine Stärkung der dialogorientierten Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr, die sich strukturell an der territorialen Ländergliederung der Bundesrepublik Deutschland orientiert, zu erwarten.

I. Lageentwicklung

1. Allgemeines

Wie seit Jahren korrespondierte auch im Jahr 2001 die hohe Akzeptanz der Institution Bundeswehr bei der Jugend in keiner Weise mit der Bereitschaft, dieser positiven Bewertung auch durch einen persönlichen Beitrag Ausdruck zu verleihen.

Die Diskussionsfelder des Dialoges mit den Jugendoffizieren waren vorwiegend Themen, die sich in der Medienberichterstattung widerspiegelten; eine deutliche Zäsur bildeten hier die Ereignisse des 11. September in New York und Washington:

- | | |
|--------------------------|--|
| <u>bis Sommer 2001</u> | <ul style="list-style-type: none"> - Frauen bei der Bundeswehr - Allgemeine Wehrpflicht oder Berufsarmee, Wehrgerechtigkeit - Auslandseinsatz und Ausrüstung - Arbeitsplatz Bundeswehr |
| <u>ab September 2001</u> | <ul style="list-style-type: none"> - Bedrohung durch Terrorismus - Auslandseinsatz in Afghanistan - Wehrgerechtigkeit. |

Die Einsätze der Bundeswehr auf dem Balkan wurden in der ersten Jahreshälfte nur noch selten registriert, erst die Debatte um ISAF erinnerte erneut an die aus dem Bewusstsein verdrängten SFOR- bzw. KFOR- Einsätze.

Der seit Jahren anhaltende Trend hat sich auch 2001 wieder bestätigt: Politik allgemein und Sicherheitspolitik im besonderen finden bei Jugendlichen nur bescheidenes Interesse. Komplizier-

te, schwer verständliche Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse werden als Ursache ebenso genannt, wie unverständliches und spontan abgelehntes konkretes Verhalten von Politikern.

Da die Jugendoffiziere aus eigener Kenntnis und Erfahrung anschaulich berichten, erzeugen sie häufig Erstaunen und Nachdenklichkeit, sind sie doch oft die ersten Vertreter von Staat und Sicherheitspolitik, auf die der Jugendliche persönlich trifft und die er erkennbar wahrnimmt. Die erfrischende Authentizität bei der Darstellung von Informationen und sicherheitspolitischen Zusammenhängen aus erster Hand überzeugt und verfehlt ihren Eindruck nur selten.

2. Jugendoffiziereinsätze

Im Jahr 2001 erreichten die 94 hauptamtlichen und circa 450 nebenamtlichen Jugendoffiziere bei über 9.000 Veranstaltungen und Einsätzen rund 244.000 Bürger, davon knapp 200.000 Schüler und Studenten. Deutlich erhöht haben sich die Zahlen der Podiumsdiskussionen und Seminare für Schüler. Wurden im Vorjahr noch 2.800 Schüler in Podiumsdiskussionen erreicht, steigerte sich die Zahl im Jahr 2001 auf 6.500.

Weiterhin beschäftigten sich in fast 1.200 Seminaren etwa 35.000 Teilnehmer intensiv mit Sicherheitspolitik. Jugendoffiziere hatten so die Möglichkeit, in einem größeren zeitlichen Zusammenhang politische Sachverhalte nachhaltiger zu erläutern und Abhängigkeiten und persönliche Verantwortung abzuleiten.

Insgesamt hat sich die Zahl der erreichten Bürger jedoch um 50.000 verringert. Dieser Rückgang geht fast ausschließlich auf die geringer gewordene Zahl von Truppenbesuchen zurück. Obwohl fast alle Schulen den Wunsch nach Truppenbesuchen äußerten, konnten auf diese Art nur knapp 90.000 (in 2000: 122.111) Jugendliche und Erwachsene das Leben der Soldaten in ihren Kasernen, Fliegerhorsten und Schiffen näher kennenlernen.¹

Auf Grund der Teilnahme an Auslandseinsätzen im Jahr 2001 steht die Truppe vor Ort kaum noch zur Verfügung: Das entsprechend vorbereitete Personal und benötigte Material sind bereits im Einsatzland oder – wenn noch im Heimatstandort – so eng in Ausbildungsvorhaben eingebunden, dass Jugendoffiziere es immer schwerer haben, Truppenteile für diesen wichtigen Teil der Öffentlichkeitsarbeit zu gewinnen.

Die übereinstimmende Forderung der Jugendoffiziere war auch 2001, den Truppenbesuch - trotz verstärkter Belastungen in der Truppe - dringend zu erhalten: Nur so seien Wehrpflicht und Berufsalltag der Soldaten glaubwürdig und anschaulich darzustellen. Während der Truppenbesuche verfehlten die Offenheit und Unkompliziertheit der Soldaten ihre Wirkung nicht.

3. Meinung, Interessen und Kenntnisse der Jugendlichen

An der Notwendigkeit der Bundeswehr bestehen kaum Zweifel, sie wird bejaht und akzeptiert. Sie spielt jedoch in der alltäglichen Wahrnehmung der Jugend kaum eine Rolle; lediglich die anstehende Wehrpflicht und in geringem Maß auch die bevorstehende Arbeitsplatzwahl sorgen für eine nähere Auseinandersetzung mit dem Thema „Bundeswehr“.

¹ Auf Einladung konnten weiterhin im Rahmen von ca. 600 Feierlichen Gelöbnissen u. Elterntagen Kasernen besucht werden. Auch eine Vielzahl von Info-Ständen – aufgebaut in Fußgängerzonen – und nicht zuletzt die Wanderausstellungen der Teilstreitkräfte boten die Möglichkeit zur Informationsgewinnung über den Alltag der Soldaten. Exakte Besucherzahlen können die Jugendoffiziere – da nicht unmittelbar beteiligt - hierüber nicht liefern.

Mit Blick auf die persönliche Betroffenheit wird die Allgemeine Wehrpflicht jedoch überwiegend kritisiert: Wehrpflichtige würden nicht im Ausland eingesetzt, weil sie nur für die Verteidigung Deutschlands vorgesehen sind, die Notwendigkeit einer Landesverteidigung wird jedoch kaum noch gesehen. Gerade in den aktuellen Auslandseinsätzen könne aber eine vermeintlich professionellere Berufsarmee besser wirken (und wäre für den Einzelnen - da dann die Wehrpflicht wegfielen - mit Sicherheit bequemer.) Hierzu werden Argumentationsmuster ungeprüft übernommen und ohne wirkliche inhaltliche Auseinandersetzung „tradiert“.

Die vermeintlich freie Wahl zwischen Wehr- und Zivildienst trägt zu dieser Sichtweise bei. Persönliche Nützlichkeitsabwägungen drängen den Wehrdienst immer mehr in die Rolle der unbequemen Alternative. *„Wieso soll ich 500 km entfernt durch den Schlamm robben, wenn ich daheim Essen für Rentner im warmen Auto durch die Gegend kutschieren kann“*, zitiert der Jugendoffizier aus Chemnitz einen Schüler. Die Interessenlage der Jugendlichen orientiert sich überwiegend an individuellen und nicht an gesellschaftlichen Motiven und Werten. Hier muss – und kann – der Jugendoffizier einiges an Aufklärungsarbeit leisten.

Das persönliche Umfeld bestimmt die Interessenlage der Jugend. Die altersgemäß typischen Probleme liegen eher in den Bereichen Schule und Freizeitgestaltung. *„Der Jugendliche beschäftigt sich vor allem mit Freundschaften, den Unternehmungen am Abend, seinen Hobbys und maximal dem bevorstehenden Schulabschluss. Daher auch die hohen Einschaltquoten der „DAILY SOAPS“, die genau diese Thematik abdecken“*, bemerkt der Jugendoffizier in Horb.

Das Interesse an Politik oder gar Sicherheitspolitik tritt weiterhin hinter vermeintlich drohender Arbeitslosigkeit, Gewalt an Schulen und insgesamt einer subjektiv so empfundenen allgemeinen Perspektivlosigkeit zurück.

Der Jugendoffizier jedoch kann auch mit dem Themenfeld Bundeswehr und Sicherheitspolitik Interesse wecken und Betroffenheit herstellen. Sein Vorzug ist die Fähigkeit zur altersgerechten Informationsvermittlung und der anschaulichen Darstellung, die Zugang schafft. Dabei beklagen Jugendoffiziere weiterhin, dass sie immer wieder umfangreiche Nachhilfe in politischem Allgemeinwissen zu leisten hätten, bevor sie die Grundlagen von Sicherheitspolitik und Bundeswehr überhaupt ansprechen könnten. In der begrenzt verfügbaren Zeit sind sie dann lediglich in der Lage, Grundkenntnisse und Grundverständnisse zu vermitteln.

„Die Kenntnisse der Jugendlichen im Bereich der Sicherheitspolitik sind bei den Schülern unabhängig von der Schulform nur sehr marginal vorhanden“, so der Jugendoffizier aus Dülmen. Da das Fach Sozialkunde nicht einheitlich durchgängig angeboten wird, bekommen die Schüler z.T. in der 9. Klasse die letzten staatsbürgerlichen Informationen. Dichtgedrängte Lehrpläne und die geringe Stundenzahl in Sozialkunde führten zu hohen Wissensdefiziten im Bereich der deutschen Geschichte ab 1945. *„Häufig stehen einer ausführlicheren Behandlung der Themen jedoch der Stundenansatz für Gemeinschaftskunde sowie der enge Zeitplan gerade in der gymnasialen Oberstufe entgegen“*, bemerkt nicht nur der Jugendoffizier Ulm. *Der Stellenwert von Sicherheitspolitik und Bundeswehr ist in fast allen Lehrplänen gering.*

Politik erscheint den Schülern zu abstrakt und zu undurchschaubar. Sie wird gleichsam als „vom normalen Leben losgelöst“ empfunden. Die Jugendlichen gewinnen einen Großteil ihres geringen sicherheitspolitischen Wissens aus den elektronischen Medien. Das *„schlagwortartige Vermitteln von Sachverhalten mit geringer Informationstiefe spiegelt sich in den Kenntnissen der Jugendlichen wieder“*, so der Jugendoffizier aus Glücksburg. Elektronische Medien werden zwar nicht zielgerichtet zur Auseinandersetzung mit politischen Themen genutzt, dennoch hat das Internet, nach Meinung der Jugendoffiziere, im Jahr 2001 weiter an Bedeutung gewonnen, nicht zuletzt wegen seiner vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten.

Daher sei es wichtig, dass die Bundeswehr auch weiterhin sicherheitspolitische Informationen im Internet anbietet, um interessierten Jugendlichen die Möglichkeit zur Information und zur Kontaktaufnahme zu geben.

Dennoch: Die hohe Glaubwürdigkeit des Jugendoffiziers durch seinen persönlichen Auftritt in der Schule ist nicht zu ersetzen.

II. Zusammenarbeit mit und Meinungslage der Behörden, Schulen, Hochschulen und anderer Institutionen.

1. Kultusministerien, Schulbehörden und Landeszentralen für politische Bildung

Im Jahr 2001 setzte sich die im wesentlichen spannungsfreie Arbeit zwischen Jugendoffizieren und Bildungseinrichtungen fort. Die vielfältigen Kontakte zu überparteilichen und parteinahen Stiftungen, ebenso wie zu den Landeszentralen für politische Bildung, erlaubten es, die knappen Haushaltsmittel bei Schüler- und Multiplikatorenseminaren durch Kooperationsverträge mit den Stiftungen optimal zu nutzen.

Die gute Zusammenarbeit mit den Kultusbehörden der Länder im Bereich Lehrerfortbildung setzte sich auch im Berichtsjahr fort.

Die geringen Stundenansätze für das Fach Sozialkunde rufen bei allen Jugendoffizieren Kritik hervor. Der Zeitanatz von einer Wochenstunde lässt dem Lehrer kaum Freiräume zur Unterrichtsgestaltung. Die Hinzuziehung von Fachreferenten, wie z.B. dem Jugendoffizier, ist daher nicht selten problematisch, wenngleich gerade seine Unterstützung durch den persönlichen Einsatz und das Bereitstellen geeigneter Lehr- und Lernmittel von vielen Pädagogen als sehr hilfreich angesehen wird.

Die Behandlung des komplexen Themas „Sicherheitspolitik“ hat zu einem deutlichen Niveauverlust dort geführt, wo es wegen Verlagerung des Gemeinschaftskunde- bzw. Sozialkundeunterrichts in die Jahrgangsstufe 9 von jüngeren Schülern bearbeitet werden muss.

2. Pädagogen

a. Zusammenarbeit

Die bestehende Zusammenarbeit mit Schulen und Pädagogen kann durchweg als gut und vertrauensvoll bezeichnet werden. Durch die häufig schon lange bestehenden Kontakte zwischen Jugendoffizieren und Fachlehrern bzw. Schulleitern ist konstruktives Zusammenwirken fast ausnahmslos die Regel. Dennoch gibt es einzelne Schulen, die Kontakte mit Jugendoffizieren weiterhin ablehnen.

Die Schnelllebigkeit der tagespolitischen Ereignisse macht es speziell Sozialkundefachlehrern häufig kaum möglich, sich tiefgreifend zu informieren. Dies kommt den Jugendoffizieren zugute, auf die dann gern als Informationsquelle zurückgegriffen wird. Ihr Wissensvorsprung macht sie zu dankbar angenommenen Fachleuten.

In den sicherheitspolitischen Seminaren der Bundeswehr, an denen Pädagogen teilgenommen hatten, wurden meist die entscheidenden Kontakte hergestellt. Diese Veranstaltungen der Wehrbereichskommandos und des Streitkräfteamtes mit Unterstützung durch die Schulaufsichtsbehörden wurden von Lehrern und Jugendoffizieren gleichermaßen als sehr effektiv bewertet.

b. Meinungslage

Die Mehrzahl der Pädagogen steht der Bundeswehr generell offen gegenüber. Es gibt allerdings unverändert auch eine Minderheit von Lehrern, die Vertreter der Streitkräfte nicht in ihren Unterricht einbringen wollen. Das Interesse der Pädagogen an der zu vermittelnden Thematik ist nicht selten von der Schulart beeinflusst. Während bei Gymnasiallehrern eher Unterstützung im Bereich Sozialkunde erwartet wird, wünschen Pädagogen der Hauptschulen eher Informationen über das „Berufsfeld Bundeswehr“.

In den neuen Ländern ist der Vergleich des Jugendoffiziers mit dem Werbeoffizier der NVA aus den Lehrerkollegien fast vollständig verschwunden. Dort wo er vereinzelt auftrat, *„änderte sich die Meinung dieser kritischen Klientel zur Bundeswehr sehr schnell zum positiven hin“*, berichten die Jugendoffiziere Potsdam nach ihren Schulbesuchen.

In Berlin konstatieren die zuständigen Offiziere sogar eine verstärkte Nachfrage, begründet einerseits durch erhöhten Informationsbedarf im Ostteil der Stadt, andererseits auch bei der Lehrerschaft im Westteil, die bis zur Wiedervereinigung Deutschlands auf Grund des Vier-Mächte-Status der Stadt keine Soldaten der Bundeswehr erlebt haben.

3. Hochschulen

a. Zusammenarbeit

Im Berichtszeitraum gab es vielfältige Kontakte auch im universitären Bereich. Das Einsatzspektrum umfasste hier alle Bereiche, Vorträge, Podiumsdiskussionen, Truppenbesuche und Seminare. Letztere konnten zum Teil auch mit dem interaktiven Spiel POL&IS² verbunden werden. Meist konnten so bereits bestehenden Kontakte durch weitergehende Zusammenarbeit gefestigt werden.

Wo es gelang, gemeinsame sicherheitspolitische Seminare zu veranstalten, erwiesen sich diese als ausgesprochen erfolgreich und dem Ansehen der Bundeswehr besonders förderlich. In Berlin wurde an vier Universitäten parallel ein POL&IS Projekt durchgeführt und an einer weiteren Hochschule sogar als prüfungsrelevanter Studienanteil (mit Scheinerwerb) etabliert. Weiterhin befasste sich ein Seminar der Universität der Künste (Berlin) mit der *„Öffentlichkeitsarbeit staatlicher Institutionen am Beispiel der Bundeswehr“*, in welchem zwei Jugendoffiziere einen Lehrauftrag erhielten.

b. Meinungslage

Die ablehnende Haltung gegenüber der Bundeswehr geht an den Hochschulen, zu denen Jugendoffiziere Arbeitskontakte hatten, offensichtlich zurück. Die Studenten zeigten sich zunächst eher kritisch distanziert, wandelten sich jedoch während der unterschiedlichen Veranstaltungen überwiegend zu anspruchsvollen und aufgeschlossenen Gesprächspartnern. Der Kölner Jugendoffizier beschreibt sie als durchweg *„sachlich, nüchtern und konzentriert“*.

² POL&IS = Simulation und interaktives Rollenspiel „Politik und Internationale Sicherheit“

4. Arbeitgeber-/Arbeitnehmerorganisationen

a. Zusammenarbeit

Eine Reihe unregelmäßiger Kontakte auf örtlicher und regionaler Ebene zu den Jugendorganisationen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen kennzeichnen die Verbindungen. Thematische Schwerpunkte ließen sich dabei nicht erkennen.

b. Meinungslage

Aufgrund sporadischer Kontakte ist keine generelle Aussage zu machen. Allerdings waren dort, wo Veranstaltungen zustande kamen, Offenheit und Aufgeschlossenheit gegenüber Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie Belangen der Bundeswehr festzustellen.

5. Jugendorganisationen der Parteien

a. Zusammenarbeit

Die Jugendorganisationen der Parteien waren ähnlich aufgeschlossen wie in den Vorjahren. Die Kontakte konnten auf hohem Niveau gehalten werden. Fast 4000 politisch organisierte Jugendliche wurden in 160 Veranstaltungen erreicht, vermehrt kam es zu Kontakten mit den Jugendorganisationen von SPD und GRÜNEN. „In Seminaren und Truppenbesuchen informierten sich zahlreiche Jungsozialisten, so auch ‚Die Falken‘ über Auftrag und Strukturreform der Bundeswehr“, schildern die Berliner Jugendoffiziere.

b. Meinungslage

Bei allen Veranstaltungen mit Jugendorganisationen waren die Themen „Wehrpflicht“ und „Bundeswehrreform“ sehr umstritten. Die Mitglieder setzen sich kritisch mit der Rolle, den Aufgaben und der Struktur der Streitkräfte auseinander. Im allgemeinen ist eine positive Bewertung der Aufträge der Bundeswehr festzustellen, die Notwendigkeit zur Landesverteidigung mit Hilfe der Wehrpflicht wird jedoch überall in Frage gestellt.

6. Besondere / weitere Kontakte

a. Zusammenarbeit

Über die Zielgruppe der Jugendlichen hinaus gab es eine breite Palette weiterer Kontakte. Diese reichten von Abgeordneten der verschiedenen Ebenen über die verteidigungspolitischen Sprecher fast aller Parteien bis hin zu Stiftungen, Bürgerforen, Volkshochschulen, Medien, Reservisten und Zivildienstschulen.

Mit dem interaktiven Simulationsspiel POL&IS erreichten Jugendoffiziere wieder sehr unterschiedliche Gruppen von Jugendlichen. Schüler aus den alten und neuen Bundesländern, Wehrpflichtige, Auszubildende großer Firmen und Zivildienstleistende engagierten sich gemeinsam

spielerisch als junge Politiker. Durch Spielveranstaltungen auf der Fläche des Messestandes „Öffentlichkeitsarbeit Bundeswehr“ während großer Publikumsmessen (u.a. didacta, Frankfurter Buchmesse) oder sogar im hessischen Landtag konnte das Medieninteresse an und der Bekanntheitsgrad der Institution Jugendoffizier deutlich erhöht werden. Dies führte zu vermehrten Anfragen nach Fernseh- und Radiointerviews mit Jugendoffizieren.

Auf Initiative von Abgeordneten des Deutschen Bundestages absolvieren in jedem Jahr einige hauptamtliche Jugendoffiziere ein zweiwöchiges Praktikum bei einem Mitglied des Verteidigungsausschusses.

b. Meinungslage

Die Vertreter aller Generationen zeigten eine überaus positive Haltung den Jugendoffizieren gegenüber. Vor allem im politischen Raum hat sich ein fraktionsübergreifender Konsens gebildet: „Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Verteidigung und der Bundeswehr sind die hauptamtlichen Jugendoffiziere maßgebliche Träger des personalen Dialogs, einem seit jeher unverzichtbaren Bestandteil der sicherheitspolitischen Öffentlichkeitsarbeit. Im Einvernehmen mit den Kultusministerien der Länder leisten sie mit der Erfüllung ihres Auftrages gleichzeitig einen wesentlichen Beitrag zur politischen Bildung.“³

Die Beurteilung von POL&IS, dessen Erfinder im Jahr 2001 mit dem Carl-Carstens-Preis⁴ ausgezeichnet wurde, reicht gleichbleibend von „beeindruckend“ bis zu „begeistert“. Die Erkenntnisse der vergangenen Jahre wurden eindrucksvoll bestätigt.

III. Einstellung Jugendlicher zu bestimmten politischen Themenfeldern

1. Politik, Parteien, Staat und Gesellschaft

Die Komplexität der politischen Prozesse überfordert nach übereinstimmender Aussage der Jugendoffiziere zusehends die Jugendlichen. Aktive, selbständige Informationsgewinnung über Politik und Weltgeschehen findet kaum statt. Zeitungen oder andere Medien werden wenig genutzt. Parteien und ihre Vertreter werden selten als Interessensvertretung der Bürger wahrgenommen.

Bedenklich erscheint die sich immer weiter ausbreitende Auffassung, Politik nütze vor allem den Politikern selbst. Das Vertrauen in die Politik und die Identifikation mit den Politikern sind dementsprechend gering. Handlungen des Staates werden häufig nur als Eingriff in Rechte und Privilegien der Bürger wahrgenommen. Politiker werden oft selber nur durch Affären zur Kenntnis genommen. „*Resignation (Ich kann ja eh nichts ändern) oder Vorurteile (Die Politiker sind eh*

³ Walter Kolbow, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium der Verteidigung in der 87. Sitzung des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages am 07.11.2001 während der Behandlung des Jahresberichtes 2000 der Jugendoffiziere.

⁴ Mit dem Carl-Carstens-Preis fördert der „Freundeskreis der Bundesakademie für Sicherheitspolitik e.V.“ das Bemühen deutschsprachiger Autoren um eine verständliche Vermittlung von Sicherheitspolitik in der Öffentlichkeit. Prof. Dr. Wolfgang Leidhold, Universität zu Köln, erhielt am 10.03.2001 den mit 20.000 DM dotierten Preis für die Urheberschaft an der Simulation „Politik und Internationale Sicherheit – POL&IS“, mit welcher „sicherheitspolitische, internationale Zusammenhänge ‚spielerisch‘ einem vorwiegend jugendlichen Publikum näher gebracht werden können“.

alle gleich und denken nur an sich) bestimmen die Meinungslage zur Politik“, so die Jugendoffiziere aus Veitshöchheim.

Jugendliche dennoch zu politischem Nachdenken zu bewegen, ermöglichte in hervorragender Weise wiederum das Simulationsspiel POL&IS. Sobald das Interesse geweckt war, ließen sich die jungen Menschen auch nicht durch die Komplexität der politischen Entscheidungsfindung der Simulationswelt abschrecken, sondern engagierten sich auffällig emotional für politische Institutionen und deren Einfluss auf die Weltpolitik. Hier bekam auch Sicherheitspolitik, wie selbstverständlich, wieder einen angemessenen Stellenwert. Die oft beschriebene „Politikverdrossenheit“ ist bei dieser selbstgestalteten und erlebten Politik nicht erkennbar.

Eine erkennbare Zäsur stellten die Ereignisse am 11. September dar. Plötzlich wurde offenbar vielen Jugendlichen bewusst, dass die bisher als alltäglich, aber uninteressant registrierten politischen Konflikte in der Welt durchaus unmittelbar auf ihre sorgenfreie und sichere Existenz einwirken können. Sie nahmen wahr, dass sich Dinge außerhalb ihrer Interessen und Aufmerksamkeiten ereignen, die Folgen für ihre persönliche Lebenswelt haben könnten.

In diesen Zeiten des Schocks und der völlig veränderten sicherheitspolitischen Perspektive wurden die Jugendoffiziere häufig gebraucht, um vor Ort den jungen Menschen Erklärungsversuche zu liefern und um letztlich auch entsetzte und hilflose Schüler zu beruhigen. *„Die häufig gestellte Frage: „Sind wir auch im Krieg und kommt der Krieg auch zu uns?“ verdeutlichen die Verunsicherung in dieser Zeit unter den Jugendlichen“*, so die Berliner Jugendoffiziere.

Diese Einstellung änderte sich jedoch nach wenigen Wochen und wechselte in Fatalismus: *„Ich kann es nicht mehr hören! Wenn etwas passiert, sind wir eh alle tot“*, geben Jugendoffiziere aus Süddeutschland die jugendliche Stimmungslage wider.

2. Bundeswehr – Auftrag, Legitimation, Einsätze

Die Bundeswehr und ihre Daseinsberechtigung als Streitkraft der Demokratie ist unumstritten. Der Auftrag der Streitkräfte ist jedoch kaum bekannt. *„Festzustellen ist, dass die Schüler oftmals kein Wissen über, wohl aber eine Meinung zur Bundeswehr haben“* drücken es die Berliner Jugendoffiziere aus. Die Einsätze auf dem Balkan sind nur noch selten präsent. Erstaunen rief bisweilen die Tatsache hervor, dass es SFOR, KFOR noch immer gibt. Auslandseinsätze der Bundeswehr werden als grundsätzlich sinnvoll und notwendig angesehen. Selten konnten sich Jugendliche spontan eine eigene persönliche Beteiligung daran vorstellen. Trotz der uneingeschränkten Zustimmung zu eigenen Streitkräften beim Krisenmanagement bleibt die Haltung „Bundeswehr ja – aber ohne mich“ ungebrochen.

Landesverteidigung und Wehrpflicht werden häufig erst durch den Jugendoffizierbesuch ins Bewusstsein zurückgeholt.

Auch hier änderte der 11. September die Lage von Grund auf. Die deutschen Streitkräfte rückten dabei in ein neues Licht: Die Bundeswehr wurde als die staatliche Exekutive wiedererkannt, die die Bürger schützen soll. Für viele Jugendliche ist es unerheblich, ob sie für Einsätze nach innen oder außen eingesetzt werden soll. *„Unverständnis zeigten die Schüler nach den Anschlägen des 11. September, warum die Bundeswehr nicht auch im Inneren eingesetzt werden kann“*, bemerkte unter anderem auch der Jugendoffizier aus der Oberpfalz. *„Der internationale Terrorismus wird als Bedrohung erkannt, dem die Bundeswehr zu begegnen hat.“*

Als Arbeitsplatz ist die Bundeswehr lediglich im Haupt- und Realschulbereich gefragt. An den Gymnasien ist nur in Einzelfällen ein Interesse spürbar. Die Diskussion um vermeintliche Unterfinanzierung der Streitkräfte und einer damit verbundenen ungewissen persönlichen Zukunft tritt häufiger als Argument gegen den Arbeitsplatz Bundeswehr auf.

3. Wehrpflicht und Wehrdienst

Grundsätzlich ist die Berufsarmee nach Ansicht vieler Jugendlicher im Hinblick auf die Auslandseinsätze die professionellere (und - weil ohne Wehrpflicht - für sie die bequemere) Armee. Eine glaubhafte politische Legitimation der allgemeinen Wehrpflicht ist für den Jugendlichen nicht mehr erkennbar. Jugendoffiziere bemerken das Fehlen einer eindeutigen und nachhaltigen Begründung der Wehrpflicht durch die Politik. Ein Ausweichen auf Rentabilitäts-, Effizienz- und Kostenfragen wird zumindest von Gymnasiasten nicht so hingenommen. Der Hinweis auf verpflichtende gesellschaftliche Gemeinschaftsleistung kollidiert sofort mit der Frage warum „Frau“ diese Leistung freiwillig erbringen kann. „Mann muss, Frau darf“. Begriffsverwechslungen zwischen Dienst- und Wehrgerechtigkeit sowie die vorgebrachte Behauptung, die Wehrgerechtigkeit sei nicht gewährleistet, bringen die Jugendoffiziere argumentativ häufig in die Defensive.

Die Wehrpflicht wird als durch den Staat auferlegte Pflichtzeit angesehen, welches die persönliche Lebensplanung negativ beeinflusst. In der persönlichen Kosten - Nutzen - Kalkulation der Jugendlichen sind Heimatnähe, menschlicher Umgang, Verbleib bei Freundin und Freundeskreis, Einfluss auf Stellenauswahl im Zivildienst und Heimatferne, unbequeme Dienstgestaltung und vermeintlich schlechtere Bezahlung im Wehrdienst wichtige Kriterien.

Das Ergebnis dieser Kalkulation ist immer seltener die Wehrpflicht, zumal auch bei der Frage des Einsatzes von Wehrpflichtigen im Ausland erhebliche Wissenslücken bestehen. Akzeptiert wird hingegen der freiwillig längere Wehrdienst aufgrund eigener Entscheidung, der auch einen Einsatz im Ausland beinhaltet.

4. Sicherheitsbündnisse (UNO, OSZE, NATO, WEU, EU)

Die UNO ist als Völkergemeinschaft im Bewusstsein der Jugend recht unscharf verankert. Nicht selten werden die Begriffe UNO und NATO synonym verwendet. Verschwommene Vorstellungen über Macht, Strukturen und Eingriffsmöglichkeiten von UNO und NATO prägen die Diskussion. Es gelang den Jugendoffizieren, hier vor allem durch POL&IS über die Institution UNO aufzuklären. Aufbau, Struktur und Entscheidungsprozesse konnten so Schüler und Lehramtskandidaten selbst simulieren, um Erkenntnisse über Handlungsmöglichkeiten der UNO selbst zu beurteilen.

Die Wahrnehmung der NATO als militärische Organisation dominiert ihre politische Dimension fast vollständig. Sie wird ausschließlich als eine große Bündnisstreitkraft begriffen. Das auch in der NATO geltende Leitbild des Primat der Politik ist Schülern und häufig auch Lehrern unbekannt. In der NATO vermutet man eine uneingeschränkte Dominanz der USA: „*die NATO als verlängerter Arm Amerikas*“ (Jugendoffizier Hannover). OSZE und WEU sind in der Regel gänzlich unbekannt, die EU begann mit der Diskussion um die näherrückende Euro-Einführung zumindest als Begriff der gemeinsamen Währungszone bekannt zu werden. Ein Engagement der EU auf dem Balkan oder aber in sicherheitspolitischen Fragen Europas ist selbst unter Referendaren und Lehrern selten bekannt.

5. Transatlantische Beziehungen

Die USA werden übereinstimmend als militärische und ökonomische Führungsmacht angesehen. Diese Rolle erfährt jedoch nicht immer eine positive Bewertung; viele Jugendoffiziere berichten erneut von einem latenten Antiamerikanismus. Eine Dominanz über die europäische und deutsche Außen- und Sicherheitspolitik löst Unbehagen aus, eine Gleichberechtigung zwischen Europa und den USA wird nicht gesehen, aber eingefordert.

Die Ereignisse des 11. Septembers führten zunächst zu einer tieferen Solidarisierung mit den USA. Ihr militärisches Handeln wurde anfangs uneingeschränkt bejaht, mit dem Verblässen der Bilder des 11. Septembers ging auch eine kritische Grundhaltung zum militärischen Engagement der USA und Europas einher.

6. Europäische Nicht-NATO-Staaten (MOE, SOE, RUS)

Die fehlenden geographischen Kenntnisse der Schüler und Jugendlichen erschweren die Erklärungen der Jugendoffiziere, die sicherheitspolitische Stabilität nur mit diesen Staaten zu erreichen sind. Zwischen Russland und den Staaten der GUS (soweit sie bekannt sind bzw. benannt werden können) wird nicht unterschieden, die politische Situation wird häufig als unklar und damit als bedrohlich empfunden. Eine differenzierte Betrachtung von Ursachen der derzeitigen Situation fand selten statt, häufig wurden eigene Erlebnisse und Vorurteile von und mit russischen Übersiedlern als Meinungsbild übernommen. Die Themen „Großmacht Russland“ und / oder Krieg in Tschetschenien traten im Berichtszeitraum nicht mehr auf.

7. Sonstige

Afrika, Asien und Australien tauchten im politischen Verständnis der Jugendlichen bis zum 11. September kaum auf. Afrika war lediglich als dauerhafte Krisenregion, China als aufstrebende Weltmacht vereinzelt präsent. Durch die permanente Medienpräsenz, so vermuten die Jugendoffiziere, wurde der Konflikt zwischen Israel und Palästina hingegen eher wahrgenommen, jedoch ohne weitere Kenntnisse über die Hintergründe.

Nach dem 11. September fokussierte sich die Medienberichterstattung auf Afghanistan. Im Zuge der Entwicklungen fand der zunächst mögliche und dann tatsächlich begonnene Bundeswehrein-satz Aufmerksamkeit, in der Folge auch Zustimmung. Das amerikanische Bombardement wurde anfangs aufmerksam zur Kenntnis genommen, ebenso wie die Entwicklung zwischen Indien und Pakistan. Fehlende subjektiv empfundene Betroffenheit ließ auch hier das Interesse schnell erlahmen.

IV. Zusammenfassung und Ausblick

Insgesamt betrachtet haben sich im Jahr 2001 kaum gravierende Änderungen im Meinungsbild der Jugendlichen ergeben.

1. Unsere Streitkräfte werden weiterhin als selbstverständlich akzeptiert, ihre Notwendigkeit ist – seit dem 11. September 2001 mehr denn je – unumstritten.
2. Die Bewusstwerdung einer vermeintlichen Schutzlosigkeit bewirkte erste Haltungsänderungen in der Zielgruppe, die in der Folge die Bundeswehr insgesamt an Anerkennung und Renommee haben deutlich gewinnen lassen. Neu ist hier die häufig anzutreffende Meinung, dass ein Einsatz der Bundeswehr auch im Inneren (zur Terrorismusbekämpfung) möglich sein müsste.
3. Die Bereitschaft, sich in dieser Bundeswehr persönlich zu engagieren, ist trotz hoher Zustimmung kaum erkennbar.
4. Auslandseinsätze werden als Normalität betrachtet, sie gelten einer Mehrheit als selbstverständlicher Teil des Aufgabenspektrums der Bundeswehr.
5. Die Allgemeine Wehrpflicht gilt weiterhin als „Auslaufmodell“, eine so empfundene Wehrungerechtigkeit verstärkt diesen Eindruck zusätzlich.
6. Die Wertung von Wehr- und Zivildienst fällt aufgrund von Kosten-Nutzen-Denken immer häufiger zugunsten des Zivildienstes aus. Der Zivildienst wird häufig als der „höherwertige“ Dienst an der Gesellschaft angesehen.
7. Trotz der Diskussion um Unterfinanzierung und Strukturreform erscheint der Arbeitsplatz Bundeswehr vor allem bei Haupt- und Realschülern, vorwiegend in den neuen Ländern, noch als bedenkenswerte Alternative.
8. Der Dienst für Frauen in der Bundeswehr ist unumstritten akzeptiert. Die Tatsache, dass „Männer müssen und Frauen dürfen“, ist immer wieder ein Kritikpunkt.
9. Politik berührt die Interessen der Jugendlichen weiterhin nur am Rande, sie liegt jenseits ihrer konkreten Interessen. Sobald ihr Lebensbereich betroffen ist, zeigen sie jedoch – zumindest befristet - auch persönlich Aufmerksamkeit und Engagement.
10. Weiterhin bleibt fehlendes Wissen um die verfassungsrechtlichen Grundlagen des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland erkennbar.
11. Der geringe Stellenwert von Sozial-/ Gemeinschaftskundeunterricht verhindert weiterhin eine tragfähige Behandlung der Probleme der Gesellschaft. Die geringe Zahl an Sozialkunde-stunden wird von allen Jugendoffizieren bemängelt.
12. Die fachliche Zusammenarbeit zwischen Jugendoffizieren einerseits, Kultusbehörde, Lehrern und Institutionen der politischen Bildung andererseits, hat sich auf hohem Niveau etabliert. Die Lehrerfortbildung durch Jugendoffiziere ist in einigen Ländern als fester Bestandteil im Lehrplan festgeschrieben.
13. Die stetig schwindende Möglichkeit, „Truppe zum Anfassen“ zu bieten, beschränkt die Wirkungsmöglichkeit der Jugendoffiziere. Sie fordern dazu auf, dieses besonders für Jugendliche zugängligste Mittel der Öffentlichkeitsarbeit weiterhin möglich zu machen.

Kurzbeschreibung der Tätigkeit der Jugendoffiziere und -unteroffiziere

1. Grundlagen

Es entspricht dem Selbstverständnis einer Demokratie, dass ihre Sicherheit Angelegenheit des ganzen Volkes ist. Die Bereitschaft der Bürger, ihr Land zu verteidigen, schafft die Voraussetzung dafür, daß das Recht und die Freiheit jedes einzelnen geschützt werden.

Das Grundgesetz umfasst gleichermaßen Friedensgebot und Verteidigungsbereitschaft mit Streitkräften auf der Grundlage der Allgemeinen Wehrpflicht. Lasten und Pflichten, die der Staat seinen Bürgern auferlegen muß, machen es notwendig, Sicherheitspolitik und militärische Verteidigung besonders den jungen Staatsbürgern, die von der Wehrpflicht unmittelbar betroffen sind, verständlich zu machen. Die Bundeswehr nimmt diese Aufgabe durch ihre Öffentlichkeitsarbeit wahr. Aussagen zur Sicherheitspolitik - zur Rolle der Bundeswehr im atlantischen Bündnis und zu den Bemühungen um Kooperation, Entspannung und Abrüstung – sind Bestandteile dieser Arbeit.

2. Aufgaben

Einer der wichtigsten Träger dieser Informationsarbeit ist der Jugendoffizier/-unteroffizier. Er ist mit seinem Informationsangebot im weitesten Sinne in der politischen Bildung tätig. Er nimmt Stellung zu militärischen und sicherheitspolitischen Grundsatzfragen im Sinne der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland, verdeutlicht hauptsächlich der jungen Generation und dem künftigen Wehrpflichtigen den Sinn des Wehrdienstes und erläutert die Notwendigkeit des persönlichen Beitrages jedes einzelnen Bürgers.

Das persönliche Engagement des Jugendoffiziers/-unteroffiziers unterstreicht die Glaubwürdigkeit dieser Information.

Die Tätigkeit des Jugendoffiziers/-unteroffiziers als wichtiger Teil der Öffentlichkeitsarbeit in Verteidigungsfragen kann Informationen zu folgenden Themenbereichen umfassen:

- die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland,
- das Mitwirken der Bundesrepublik Deutschland in internationalen Bündnissystemen und Rüstungskontrollabkommen,
- Aufgabe und Funktion der NATO sowie ihr strategisches Konzept,
- die Bundeswehr als Instrument der Friedenssicherung, Auftrag, Struktur, Ausrüstung und Leistungsfähigkeit,
- die ethischen, moralischen und rechtlichen Grundlagen des soldatischen Dienens,
- das Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft,
- Bundeswehr und Allgemeine Wehrpflicht,
- das aktuelle Geschehen in der Bundeswehr.

Der Jugendoffizier / -unteroffizier betreibt keine Nachwuchswerbung. Er verweist Interessenten und Bewerber an die dafür zuständigen Stellen.

3. Bedingungen der Arbeit des Jugendoffiziers / -unteroffiziers

Die Arbeit des Jugendoffiziers/-unteroffiziers muß im Zusammenhang mit der Verfassungslage, der Gesetzeslage und dem Auftrag der Bundeswehr gesehen werden:

- Schule und Unterricht sind von der Verfassung in die Hände der Länder gelegt.
- Der Gesetzgeber gibt Gelder für Öffentlichkeitsarbeit ausschließlich mit der Zweckbestimmung, "das Verständnis für politische Maßnahmen zu erhöhen".
- Der Auftrag der Bundeswehr ist klar umrissen. Ihn zu erläutern, ist Aufgabe jeder Öffentlichkeitsarbeit der Streitkräfte.

Der Jugendoffizier/ -unteroffizier steht deshalb vor allem den Schulen als Fachmann auf Einladung zur Verfügung. Er ergänzt und begleitet den Unterricht. Die Verantwortung für den Unterricht und die Lernziele trägt der Lehrer.

4. Einzelheiten

Die Bundeswehr verfügt derzeit über 94 hauptamtliche Jugendoffiziere: Daneben sind auf Bataillonsebene jeweils ein Jugendoffizier und ein Jugendunteroffizier in Nebenfunktion tätig.

Jugendoffiziere sind Offiziere in den Dienstgraden Leutnant bis Hauptmann. Sie verbleiben durchschnittlich drei Jahre in dieser Funktion. Jugendunteroffiziere sind in der Regel jüngere Feldwebel-Dienstgrade.

Hauptamtliche Jugendoffiziere arbeiten hauptsächlich

- in Schulen als unterrichtsbegleitende Sachverständige,
- in Jugendverbänden und -organisationen,
- mit nichtorganisierten Jugendlichen,
- in politischen Bildungseinrichtungen,
- mit Schul- und Kultusbehörden.

Sie bieten ihre Mitarbeit an, wenn sicherheitspolitische Informationen oder Kontakte zur Bundeswehr gewünscht werden.

- Sie unterstützen im Unterricht, bei Projektwochen und Tagungen.
- Sie bieten sicherheitspolitische Seminare an oder vermitteln Teilnahmemöglichkeiten.
- Sie stellen Informationsmaterial kostenlos zur Verfügung.
- Sie stehen als militärische Fachleute für Vorträge und Podiumsdiskussionen zur Verfügung.

Nebenamtliche Jugendoffiziere und Jugendunteroffiziere organisieren vornehmlich Truppenbesuche, bei denen sich Jugendliche und Erwachsene ein Bild vom Alltag des Soldaten machen können.

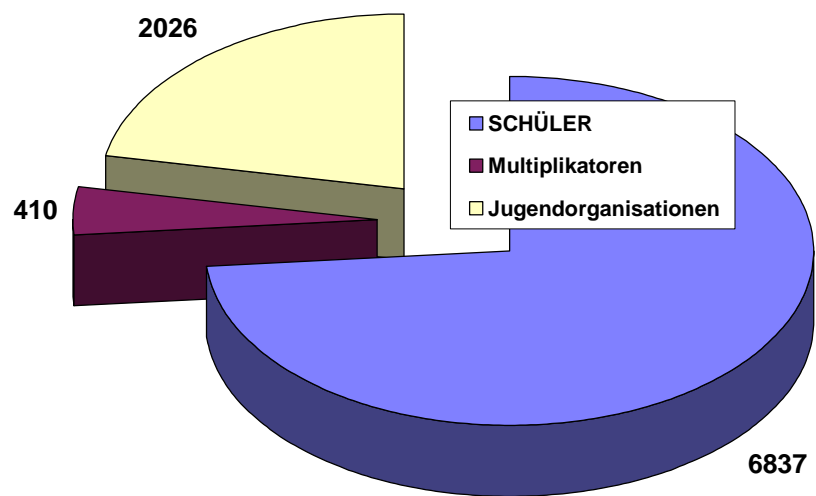
Alle Jugendoffiziere werden in einem dreiwöchigen Grundlehrgang, hauptamtliche Jugendoffiziere zusätzlich in einem zweiwöchigen Aufbaulehrgang mit den Schwerpunkten Sicherheitspolitik und Kommunikationstechnik auf ihre Tätigkeit vorbereitet. Jugendunteroffiziere werden in einem zweiwöchigen Grundlehrgang ausgebildet.

Statistische Angaben zu den Einsätzen der Jugendoffiziere der Bundeswehr 2001

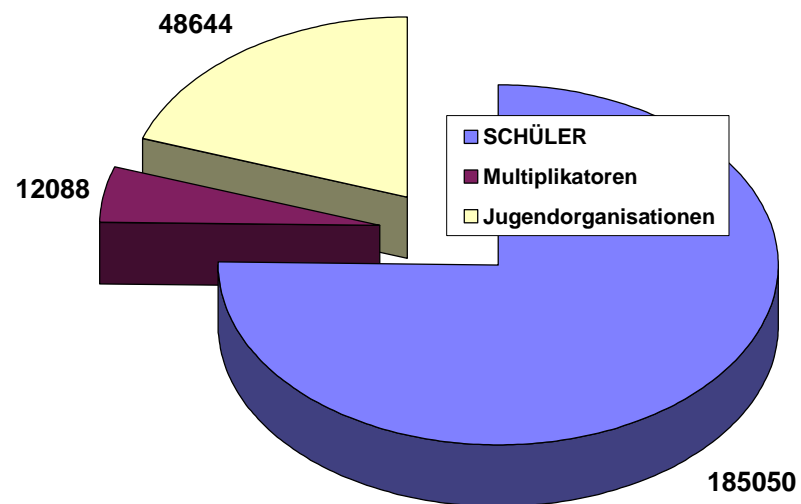
Veranstaltungen	Vorträge		Podiumsdiskussionen		Seminare		Truppenbesuche		Summe	
	Anzahl Veranstaltungen	Anzahl Teilnehmer	Anzahl Veranstaltungen	Anzahl Teilnehmer	Anzahl Veranstaltungen	Anzahl Teilnehmer	Anzahl Veranstaltungen	Anzahl Teilnehmer	Anzahl Veranstaltungen	Anzahl Teilnehmer
Hauptschule	565	13753			92	2094	495	14147	1152	29994
Realschule	1158	27881	3	329	130	3214	497	12887	1788	44311
Gym. Sek. Stufe I	685	16872	4	105	135	4127	257	7205	1081	28309
Gym. Sek. Stufe II	949	21768	45	3230	354	12765	235	5326	1583	43089
Berufsb. Schulen	327	8188	10	1038	34	1015	153	4039	524	14280
Universitäten	59	1904	8	375	24	719	24	518	115	3516
Sonst. Schulen	164	4205	19	1400	39	1391	372	14556	594	21552
Schüler	3907	94571	89	6477	808	25325	2033	58678	6837	185051
Parteien	49	1133	20	752	19	606	20	379	108	2870
Kirchen	27	486	10	999	2	54	20	456	59	1995
Verbände	6	108	1	45	3	63	10	299	20	515
Sonst. Vereine	79	2223	5	662	15	467	124	3356	223	6708
Jugend- Organisationen	161	3950	36	2458	39	1190	174	4490	410	12088
Lehrer	246	3538	4	144	154	4007	125	1479	529	9168
Pfarrer	16	122	1	50	5	196	7	136	29	504
Politiker	48	734	10	494	13	659	77	2099	148	3986
Wirtschaft	49	1176	1	21	9	228	102	2483	161	3908
Gewerkschaft	5	137			2	54	10	237	17	428
Journalisten	81	584	2	17	48	1105	149	2500	280	4206
Schülerzeitung	6	83			1	80	2	26	9	189
Reservisten	72	1792			29	230	156	4293	257	6317
Sonst. Multiplikatoren	148	4791	12	536	39	1607	397	13004	596	19938
Multiplikatoren	671	12957	30	1264	300	8166	1025	26257	2026	48644
Gesamt	4739	111478	155	10199	1147	34681	3232	89425	9273	245783

Einsätze der Jugendoffiziere im Jahr 2001 nach Zielgruppen

Anzahl Veranstaltungen



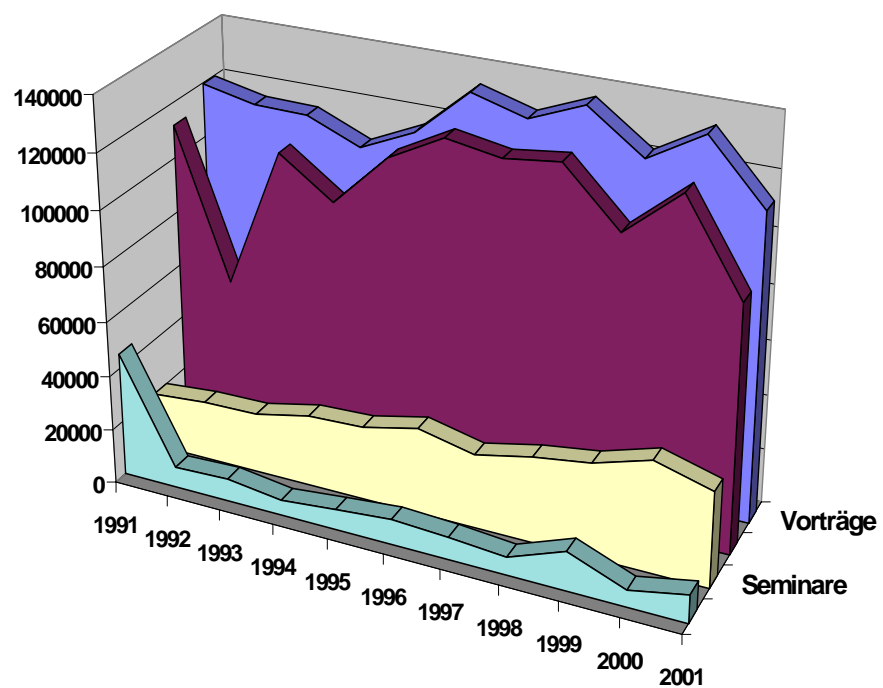
Anzahl Teilnehmer



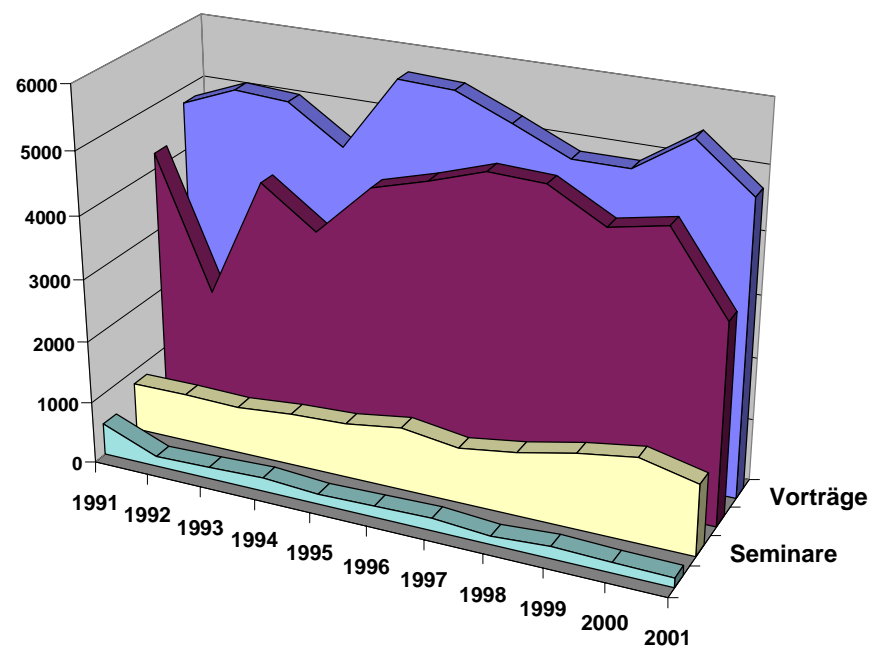
Vergleich der Einsatzstatistiken 1993 bis 2001

Veranstaltungen/ Zielgruppen		Vorträge/ Diskussionen		Podiumsdiskussionen		Seminare/Tagungen Projektwochen		Truppenbesuche		Gesamtsumme Zielgruppen	
		Anzahl		Anzahl		Anzahl		Anzahl		Anzahl	
		Veranst.	Teiln.	Veranst.	Teiln.	Veranst.	Teiln.	Veranst.	Teiln.	Veranst.	Teiln.
Schüler/ Studenten	2001	3.907	94.571	89	6.477	808	25.325	2.033	58.678	6.837	185.051
	2000	4.481	108.789	73	2.876	879	27.098	2.385	64.301	7.818	203.064
	1999	3.988	102.673	101	8.788	791	23.748	2.463	66.750	7.343	201.959
	1998	4.083	117.218	57	3.168	659	21.630	2.475	68.265	7.274	210.281
	1997	4.277	107.981	58	3.544	576	19.015	2.960	70.131	7.871	200.671
	1996	4.502	108.898	62	4.442	651	20.703	2.449	68.645	7.664	202.688
	1995	4.434	93.804	50	2.789	526	17.747	2.313	61.358	7.323	175.698
	1994	3.422	85.260	62	2.677	472	15.097	1.912	53.559	5.863	156.593
	1993	3.760	90.853	44	2.644	390	14.274	1.704	44.860	5.898	152.631
Jugendgruppen/ Verbände	2001	161	3.950	36	2.458	39	1.190	174	4.490	410	12.088
	2000	156	4.436	58	1.734	51	2.258	371	9.254	636	17.682
	1999	148	3.790	50	2.020	55	1.613	357	11.833	610	19.256
	1998	136	3.716	49	2.113	51	1.876	473	11.653	709	19.358
	1997	205	4.968	95	2.513	36	1.058	478	14.445	814	22.984
	1996	229	5.603	83	2.616	40	1.949	422	12.371	774	22.539
	1995	159	3.532	65	2.247	38	1.039	315	9.296	577	16.114
	1994	141	2.935	126	1.627	46	1.266	215	7.011	528	12.839
	1993	184	4.370	92	3.266	37	861	370	10.396	683	18.993
Multiplikatoren	2001	671	12.957	30	1.264	300	8.166	1.025	26.257	2.026	48.644
	2000	822	20.245	39	1.493	432	11.166	1.740	48.556	3.033	81.460
	1999	726	15.065	46	3.432	371	8.943	1.495	26.142	2.638	53.582
	1998	639	15.166	32	1.172	311	7.837	1.857	44.727	2.839	68.902
	1997	794	15.479	54	2.234	286	7.232	1.646	44.003	2.780	68.948
	1996	893	19.042	39	2.133	329	8.964	1.673	44.440	2.934	74.579
	1995	1.074	18.599	49	2.482	321	8.353	1.662	44.282	3.106	73.716
	1994	903	18.647	34	1.278	329	9.895	1.315	34.652	2.681	64.472
	1993	1.105	19.787	54	2.346	336	6.943	1.994	53.900	3.489	82.976
Gesamtsumme Veranstaltungen Teilnehmer	2001	4.739	111.478	155	10.199	1.147	34.681	3.232	89.425	9.273	245.783
	2000	5.459	133.470	170	6.103	1.362	40.522	4.496	122.111	11.487	302.206
	1999	4.862	121.528	197	14.240	1.217	34.304	4.315	104.725	10.591	274.797
	1998	4.858	136.100	138	6.453	1.021	31.343	4.805	124.645	10.822	298.541
	1997	5.276	128.428	207	8.291	898	27.305	5.084	128.579	11.465	292.603
	1996	5.624	133.543	184	9.191	1.020	31.616	4.544	125.456	11.372	299.806
	1995	5.667	115.935	164	7.518	885	27.139	4.290	114.936	11.006	265.528
	1994	4.466	106.842	222	5.582	847	26.258	3.442	95.222	8.977	233.904
	1993	5.049	115.010	190	8.256	763	22.078	4.068	109.256	10.070	254.600

Entwicklung der Einsätze der Jugendoffiziere von 1991 bis 2001 (Anzahl Veranstaltungen; Anzahl Teilnehmer)



Anzahl Teilnehmer



Anzahl Veranstaltungen

Verteiler:

Deutscher Bundestag

- Verteidigungsausschuss	100 x
- Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages	6 x
- WF II G (Ber. BMVg)	1 x
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung- Referat III 6 S - Bundespräsidialamt	1 x
- Adjutant Bundespräsident - Bundeskanzleramt	1 x
- Grp 23 -	1 x
Katholisches Militärbischofsamt	1 x
Evangelisches Kirchenamt für die Bundeswehr	1 x
Bundesakademie für Sicherheitspolitik	5 x
VdRBw	5 x
Sekretariat KMK	20 x

Bundesministerium der Verteidigung

Innenverteiler III	386 x
Außenverteiler (= 1437 Ex)	
- I D	667 x
- II C	267 x
- III C	50 x
- IV C	209 x
- V B	55 x
- VI A	71 x
- VII B	16 x
- X B	102 x

Dienststellen der Streitkräftebasis und Fachpersonal Informationsarbeit

(Versand durch SKA InfoService = 722 Ex)	
Streitkräfteunterstützungskommando	20 x
Streitkräfteamt	
-Amtschef	1 x
-Ltr Abt I / IMZBw	1 x
-Abt I/IMZBw -DezÖA/NwW-	10 x
-Inspiz FrwResArb	1 x
Führungsakademie der Bundeswehr	10 x
Zentrum Innere Führung	10 x
AkBwInfoKom	20 x
Sozialwiss. Institut der Bundeswehr	5 x
LdP / PrStOffz/ Pressesprecher	90 x
Stabsoffiziere für Öffentlichkeitsarbeit	10 x
hauptamtliche Jugendoffiziere	94 x
nebenamtliche Jugendoffiziere	450 x
Reserve Pr-/InfoStab AB 2	113 x
Gesamt	2800 x